

Danziger Volksstimme

Erstausgabe 200. Nr.

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrag. 4000 M. In Pommerellen 8000 M. poln. Anzeigen: Dieb-ge-spaltene Seite 400 M., auswärts 600 M. Die Rechts-mezelle 1600 M., auswärts 2000 M. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 85

Donnerstag, den 12. April 1923

14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandauer Nr. 6, Postfach 2945. Fernsprecher: für Geschäftsleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Setzungs-bereitung und Druck 3280.

Kapitalistische Verdächtigungen.

Es geht nichts über die Geduld der Leser der kapitalistischen Presse. Sie bestehen zu einem großen Teil immer noch aus proletarischen Schichten und lassen es sich trotzdem täglich bieten, daß in ihrem Organ im politischen Teil einzig und allein dem Besitz Vorspanndienste geleistet werden. Am charakteristischsten ist hierfür die Haltung der „Danziger Neuesten Nachrichten“, die in ihrem lokalen Teil manchmal für den „kleinen Mann“ allerlei billige Redensarten übrig haben, deren Reichspolitik aber einzig und allein auf die schmerzhaftesten Interessen der stummen Deutschen Volkspartei zugeschnitten ist. Nichts kann diese Presse mehr in Garnisch bringen, als wenn von sozialdemokratischer Seite auf die mangelhafte Opferwilligkeit der bestehenden Schichten hingewiesen wird. Das hatte bei der Vorstellung der neuen Regierung im schlesischen Parlament auch der neugewählte Ministerpräsident Gen. Dr. Zeigner getan, den deshalb das dieselbe Stimmorgan in folgender Weise abzukanzeln beliebt:

„Es ist der Gipfel parteipolitischer Verheerung, die geeignet ist, das Deutsche Reich außenpolitisch zu verzerren. Dieser Ministerpräsident glaubt offenbar, daß das Wiederherstellungsproblem im Handumdrehen zu lösen sei, sofern die „Besitzenden“ Opfer bräuten. Das ist nicht mehr staatsmännlich, das ist üblicher parteisozialistischer Unfug. Die „Besitzenden“ in Deutschland sind nicht so reich, um die Entschädigung auf einmal oder auch nur in Raten zu bezahlen. Was an mobilem Besitz in Deutschland noch vorhanden ist, ist arg zusammengebrochen. Die Betriebskapitalien sind es ausgeliefert, so wird die unvermeidliche Folge der Untergang der deutschen Wirtschaft sein.“

Und die Ursache dieses kapitalistischen Wutausbruchs? Gen. Zeigner hatte in seiner Programmrede auch n. a. ausgeführt:

Die Regierung legt aber weiter Gewicht darauf, feierlich zu erklären, daß nach ihrer Ansicht eine Verknüpfung mit Frankreich ohne ein großes Opfer der bestehenden Klassen Deutschlands nicht denkbar ist. Solange der Egoismus der bestehenden Schichten nicht dieser Einsicht weicht, ist ihr Nebenüber den französischen Rechtsbruch, jeder Appell an das Rechtsgefühl und das Kulturwissen der Welt nur unwirksame und zwecklose Deklamation. Besitz verpflichtet! Wir haben immer wieder sehen müssen, daß dieses Verantwortlichkeitsgefühl bei den bestehenden Schichten Deutschlands nicht allseitig vorhanden ist. Deshalb, und weil sich die schlesische Regierung ganz besonders als das Vertrauensorgan der besitzlosen Massen fühlt, hält sie es auch für unbedingt geboten, daß die von ihr geforderte aktive Politik der Reichsregierung diese Einsicht in die Notwendigkeit eines großen Opfers der bestehenden Klassen nicht vermissen läßt.

Wie darf sich auch ein Ministerpräsident als besonderer Vertrauensmann der besitzlosen Klassen ausgeben! Das alle bürgerlichen Regierungen dagegen einzig und allein die Interessen der kapitalistischen Kreise wahrnehmen, war ganz in der Ordnung. Wenigstens nach Ansicht der kapitalistischen Presse. Und auf der Opferwilligkeit der bestehenden Klassen darf nicht gezweifelt werden. Wenn auch erwieben ist, daß die Arbeitnehmer 86 Prozent der Einkommensteuer aufbringen, während sich die bestehenden Klassen trefflich um die Steuerzahlung zu drücken verstehen. Und wenn auch die Beteiligung der industriellen Kreise Deutschlands an der neuen Dollaranleihe des Reiches äußerst gering war, so daß selbst das Finanzblatt resigniert meinte, daß es keinen Zweck habe, den Ursachen dafür auf den Grund zu gehen. Eine der hauptsächlichsten Ursachen dieser schlechten Beteiligung der deutschen Industrie war aber die Tatsache, daß sie bei größeren Zeichnungen zur Dollaranleihe fürchtete, in den Verdacht zu geraten, daß sie zu wenig Steuern gezahlt hätte. Diese Furcht der Offenlegung von steuerlich nicht genügend deklarierten Gewinnreserven durch die Zeichnung bei der Dollaranleihe mag vielleicht manchen Industriellen abgehalten haben, sich seinem wirklichen Können entsprechend an der Zeichnung der Dollaranleihe zu beteiligen.

Und weil Gen. Zeigner dieses skandalöse Verhalten der deutschen Kapitalisten gebrandmarkt hat, wird er von den „D. N. N.“ zu einem Schädling des deutschen Volkes gestempelt. Kapitalistische Logik und Moral.

Auch der „Vorwärts“ bekommt (erfreulicherweise) einen Tadel des diesigen Kapitalistenorgans. Er soll die Reichsregierung zu sehr drängen, die Ruhrfrage einer möglichst schnellen Lösung entgegenzuführen. Die Rechtsparteien wollen anscheinend den Ruhrkampf bis in alle Ewigkeit fortsetzen. Wenn das Blatt als Argument gegen den sozialistischen Verständigungswillen auf französisch-englische Bestrebungen hinweist, die eine Loslösung oder Forderung des Rheinlandes vom Reich erstreben, so genügt gegenüber den verpedeten Verdächtigungen die Feststellung, daß im Rheinland gerade die Sozialdemokratie im Gegensatz zu manchen bürgerlichen Kreisen am energischsten gegen alle Loslösungsvorschläge aufzutreten ist. Das kam auch in einer am Sonntag abgehaltenen Konferenz der rheinischen Sozialdemokratie wieder zum Ausdruck.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung der Konferenzteilnehmer wird erklärt, daß die Partei an dem passiven Widerstand gegen die militärisch-imperialistische Gewaltpolitik festhält, bis

Frankreich zum Verständigungsfrieden bereit ist, der Deutschland nur im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit verpflichtet. Scharfster Protest wird gegenüber den fortgesetzten Vorhaben der Franzosen und ihren andauernden Eingriffen in die Souveränität ausgesprochen. Gleichzeitig aber vermahnt sich die rheinische Sozialdemokratie gegen jeden Versuch, den Volkshaß durch nationalistische Treibereien zu schüren. Von der Regierung wird eine konsequente Verständigungspolitik gefordert, ferner die Vereitlung eines Reparationsplanes, der, unter Voraussetzung der Räumung des Ruhrgebietes, mit Garantien der kapitalistischen Kreise versehen, einen neuen Beweis des deutschen Erfüllungswillens liefert. Gefordert wird u. a. noch die Mitwirkung der Arbeiterorganisation am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Zum Schluß heißt es: Die rheinische Sozialdemokratie begrüßt die gegen seitigen Sicherungen, die einen neuen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland unmöglich machen. Sie lehnt aber die als Sicherung geforderte Errichtung eines rheinischen Bundesstaates auf Befehl Frankreichs und unter fremder Kontrolle als eines freien Volkes unwürdig mit aller Entschiedenheit ab. Niemals werden sich die rheinischen Sozialisten wie ein Kolonialstamm behandeln lassen. So sehr die Sozialdemokratie zu großen deutschen Opfern als einer Folge des verlorenen Krieges bereit ist, so unversöhnlich wird sie alle Versuche bekämpfen, das Reich zu zerstückeln und die Hoheitsrechte der Deutschen Republik zu schmälern.

Eine Schlappe der englischen Regierung.

Die englische Regierung erlitt am Dienstag im englischen Unterhaus eine Niederlage, die allerdings nur durch einen Zufall herbeigeführt wurde. Die Einpeitscher der Regierung hatten den Konservativen, soweit sich diese abends aus dem Unterhause entfernt hatten, den Auftrag erteilt, sich um 10 Uhr für eine Abstimmung wieder einzufinden. Wider Erwarten wurde die Aussprache über die ungenügende Entlohnung ehemaliger Kriesteilnehmer, die im Regimentsdienst angestellt wurden, bereits kurz vor 9 1/2 Uhr geschlossen. Hierdurch wurde eine der Regierung ungünstige Abstimmung überraschend herbeigeführt. Mit 145 gegen 138 Stimmen beistimmte das Haus, nicht in die Kommissionsberatung der Budgetabschnitte einzutreten. Nunmehr kam es zu sehr erregten Szenen. Die Opposition rief den anwesenden Regierungsvertretern zu: „Zurücktreten. Macht euch zum Wahlkampf fertig!“ Der Vertreter der Regierung Baldwin erklärte, die Abstimmung bedeute nicht, daß die Regierung das Vertrauen des Unterhauses verloren habe. Der Arbeiterführer Macdonald bestritt, daß die Abstimmung unerwartet gewesen sei und erklärte, die Regierung habe eine Niederlage erlitten. Er dringte darauf, daß die Regierung ihre Niederlage anerkenne. Auch die andern Arbeiterführer verlangten diese Erklärung der Regierung vor Annahme der Resolution Baldwins. Von der Regierungseite erfolgte darauf keine weitere Erklärung. Zwischen den Arbeitern und den Regierungsanhängern kam es zu heftigen Wortgefechten. Ein Antrag Baldwin, die Sitzung zu unterbrechen, führte zu stürmischen Protestkundgebungen. Darauf hob der Sprecher die Sitzung für eine Stunde auf.

Nach Aufhebung der Sitzung kam es zu einem Handgemenge zwischen Vertretern der Arbeiterpartei und Regierungsanhängern. Schließlich verließen sämtliche Mitglieder das Haus, ohne daß es zu weiteren Zwischenfällen kam. Vor Aufhebung der Sitzung hat Macdonald nochmals die Regierung aufgefordert, eine Erklärung abzugeben, ohne eine Antwort zu erzielen. Bei Wiederaufnahme der Sitzung herrschte große Bewegung, doch wurde die Ordnung nicht gestört. Die Arbeitervertreter sollen beabsichtigen, ihre Kundgebung zu wiederholen. Der Sprecher vertagte schließlich die Sitzung des Hauses auf den nächsten Tag. In der getriggen Sitzung fragte Macdonald, welche Schritte die Regierung angesichts der vorgestrigen Niederlage unternehmen würde. Der Schatzkanzler erwiderte, die Regierung beabsichtige, morgen die getrigge Arbeit fortzuführen. Das Haus stimmte darauf über den Geschäftsordnungsantrag ab, wobei die Regierung eine Mehrheit von 87 Stimmen erhielt.

Staatssekretär Dr. Hamm freigelassen.

Staatssekretär Dr. Hamm, der am Montag abend in Schornhorst von den Franzosen festgehalten und dadurch verhindert worden war, an der Trauerfeier für die Opfer des Effener Blutbades teilzunehmen, ist Dienstag abend 8 Uhr von Caproy unter militärischer Bedeckung nach Schornhorst gebracht und aus dem Einbruchsgebiet ausgewiesen worden. Staatssekretär Dr. Hamm ist gestern früh wieder in Berlin eingetroffen.

Die Reichsregierung wird gegen seine Inhaftierung protestieren. Die Reise hatte keinen politischen Zweck, er sollte den Angehörigen der Erschienenen die Teilnahme der Reichsregierung zum Ausdruck

bringen. Die Franzosen behaupten, daß seine Anwesenheit in Essen die Sicherheit der französischen Truppen gefährdet hätte.

Die Lage im Memelgebiet.

Die außerordentliche Meinungsfreiheit. Gestern sind in Memel die Säben zum größten Teil geöffnet. Auch die Arbeiter haben teilweise die Arbeit wieder aufgenommen. Ueber die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit wurde im Laufe des Tages abgestimmt. Im Amtsblatt erschien gestern eine vom 7. April datierte Verordnung von Dührs, laut der fremde, im Memelland sich aufhaltende Staatsangehörige weder politischen Organisationen angehören noch politische Propaganda treiben, insbesondere nicht in politischen Versammlungen als Redner auftreten, nicht Redakteure von im Memelland erscheinenden Zeitungen sein und auch in der Presse des Memelgebiets die bestehenden Gesetze oder Bestimmungen nicht kritisieren dürfen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und einer Geldstrafe bis zu fünf Millionen Mark bestraft.

Nach drei Monaten.

Genosse Stamper schrieb der Parteipresse vor einigen Tagen aus dem Ruhrgebiet: In wenigen Tagen vollendet sich der dritte Monat seit dem Beginn der „friedlichen Aktion“. Er wird in der gewaltigen Ebrung, die Essen und das ganze Revier für die Opfer der Parlaments-Tragödie vorbereitet, feinsten dramatischen Abschluß finden. Ich habe hier mit zahlreichen Angehörigen und Arbeitern, Augenzeugen des blutigen Vorganges, Angehörigen der verschiedensten politischen Richtungen am Ort der Tat selbst gesprochen und glaube zu dem Urteil berechtigt zu sein, daß bei dem geradezu unbegreiflichen ruffähigsten Verlagen der höheren militärischen Stellen die Schuld an dem geschehenen Missetagen liegt. Alles, was über eine taktische Verdrängung des französischen Kommandos gesagt wird, ist unwahr; jedenfalls habe ich schon wiederholt deutliche Schusspfeile in viel schlimmeren Situationen gesehen, ohne daß sie von der Waffe Gebrauch gemacht hätte. Allerdings ist mir kein anderer Fall bekannt, in dem man zwölf Angehörige der bewaffneten Macht vier Stunden lang gegen laufende erregter Demonstrationen stehen ließ, ohne sich darum zu kümmern, was weiter daraus werden sollte.

In den nächsten Tagen werden auch die verhafteten Direktoren von Caproy vor dem Kriegsgericht in Breiden ihren Reiner von denen, die ich sprach, hält es für möglich, daß ein Gericht, das diesen Namen verdient, zu einem Schulstrich kommen könnte. Da das kommunistische „Ruhr-Ges.“ durch die Behauptung, die Firma Caproy habe die Arbeiter beauftragt in die Angela Polnarski gejagt, die französische Anklage unterdrückt hat, halte ich es für eine Gewissenspflicht, zu erklären, daß der Führer der Kommunisten in den Ruhrwerken, Böhm, mit geistlicher die gegenwärtige Behauptung vertreten hat. Böhm ist gewiß bereit, vor dem französischen Kriegsgericht, wenn ihm dieses dazu Gelegenheit gibt, die Aufregungen zu wiederholen, die er mir gegenüber getan hat.

Ueber dem Revier steht sehr die Stimmung eiserner Entschlossenheit. Jene, die vor drei Monaten meinten, länger als zwei Wochen könne die Befreiung nicht ertragen werden, hatten mit den psychologischen Wirkungen des militärischen Vorgehens nicht gerechnet. Man kann die nächste Zukunft des Ruhrgebietes sehr dunkel sehen und sich alle möglichen Bilder ausmalen, nur eine kann man sich unmöglich vorstellen: daß es zu einem Faktieren der Bevölkerung mit den Franzosen kommen könnte. Und wenn wirklich das französische Militär nach dem berühmten Wort Dégouttes in einem Jahre hier blühte und es so weitertriebe, wie bisher, so würde die Ruhrbevölkerung noch nach tausend Jahren mit Freuden den Tag begrüßen, der sie von dieser Plage wieder befreit.

Wo nicht gerade ein blauer Stahlhelm oder ein buntes Kappl anschaut, da erscheint das Leben und Treiben herzlich wenig verändert. Es gibt Erdrückungsdrückungen da, Verkehrshörungen dort, Stauungen und Störungen, man überwindet sie. Der breite Strom fließt weiter. Aber jede Möglichkeit der Bewegung, jeden Pfiffen, jeden freien Fremden empfindet man als Erklärung, erklärt, erträgt. Ueber jedem Einzelnen hängt das Schwert des Damokles. Was andern geschieht, man wird es dir geschehen? Während auf der Dobre, der Rücken von Bettenden zerfleischt, auf der Heimat hinausragt, von Haus und Hof vertrieben, im Nachhause gezwert — alle, denen das geschieht, sie waren nicht schuldiger als irgendein Arbeiter, der heute noch ungeschützt an seiner Arbeit geht, als irgendein Beamter oder Angestellter, der jetzt noch sein normales Leben lebt. Dies Haus ist wie ein ungeheurer Ameisenhaufen, und jeder ist eine Ameise, die im nächsten Augenblick zerquetscht werden kann. Aber so wenig das ganze Geschlecht der Ameisen durch grauenhafte Dürbenreiche ausgerottet worden ist, so wenig vermag Gewalt ohne Sinn und Verstand das quälende Leben zu bannen oder zu lenken, das sich hier in gigantischen Maßstab nach den Gesetzen seiner inneren Notwendigkeit entfaltet.

Man weiß aus den Enthüllungen des „Ruhr-Ges.“, welche Hoffnungen die fremden Gewalttäter auf die Kommunisten setzen. Einweilen und für alle absehbare Zeit ist diese Hoffnung unerschütterlich. In der S.P.D. des unbesetzten Gebietes geht es freilich ebenso drüber, und drunter wie in der unbesetzten Gebiete. Es gibt auch dort Richtungen, die einander heftig bekämpfen, und die kommunistische Presse fördert an jedem Tag das Gegenteil von dem, was sie noch am gestrigen Tag behauptet hatte. Keinen Boden aber findet hier keine oppositionelle Richtung, die den Standpunkt vertritt, man müsse den französischen Militarismus in der gleichen Weise zu revolutionären Zwecken benutzen wie Lenin es mit dem deutschen getan hätte. In diesem Bereiche ist nur in der

Danziger Nachrichten.

Der Untersuchungsausschuss gegen Senator Jansson

vernahm an seinem vorgeschrittenen fünfsten Verhandlungstage die Beugen Gerichtsassessor Williams sowie die Kaufleute Groß und Gerkenfang.

Beuge Williams, der auf Antrag des Abg. Rahn geladen ist, um auszusagen, ob bei dem Danziger Senat eine Gläubiger-Konkurrenz besteht, erklärt, dass bei Erörterung dieser Frage dienliche Vorgänge zur Sprache gebracht werden müssen und ersucht deshalb, die nach der Strafprozessordnung notwendige Genehmigung zur Aussage beim Senat zu veranlassen. Der Beuge wird darauf entlassen.

Später entwickelt sich über die Frage, ob die Einholung der Genehmigung notwendig ist, eine lange Aussprache. Abg. Rahn vertritt den Standpunkt, dass nach der Verfassung der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse diese Genehmigung nicht notwendig sei. Auch habe der Ausschuss sich diese Bestimmung der Verfassung dadurch schon zu eigen gemacht, dass er bei den bisherigen Vernehmungen von Beamten und Senatoren die Einholung einer solchen Genehmigung unterlassen habe. Dieser Ansicht schließen sich die Vertreter der Vfr. Soc. Partei an, während die Rechtsparteien den gegenläufigen Standpunkt vertreten. Da die Deutsche Partei noch zu keinem klaren Entschluss gekommen war, soll diese Frage in einer späteren nichtöffentlichen Sitzung eingehend besprochen werden.

Beuge Kaufmann Groß sagte aus, dass die 6 Brüder Gerkenfang in Warschau ein Tier- und Zwiebel-Export-Geschäft betreiben. Sie hätten von ihm die Pässe gekauft. Die Brüder seien öfters hier in Danzig und hätten ihm erklärt, sie könnten Tier und Zwiebeln weit unter dem Tagespreis liefern. Er sei deshalb mit dem einen der Brüder Gerkenfang im Senat Jansson gekommen, wo Gerkenfang dem Senator J. erklärt habe, er wolle Tier bis 80 Prozent unter dem Danziger Marktpreis abgeben, und ersuchte um ein Kontingent zur Ausfuhr von Tieren und Zwiebeln aus Polen. Jansson habe gesagt, das sei in zu beschränken und kenne ihn. Beuge, weiter, ob die Firma Gerkenfang auch in Danzig tätig sei. Beuge habe die Frage gestellt, worauf J. erwidert habe, dass er einen noch schriftlich von Herrn Gerkenfang einzureichenden Antrag befürworten wolle. Beuge habe dann dem Senator den Vorschlag gemacht, der Senat möge mit den Brüdern Gerkenfang eine G. m. b. H. gründen. Er, Beuge, wolle aber dann für seine Tätigkeit 1 bis 2 Prozent Provision haben. Jansson meinte, dass der Senat dann wohl einen Herrn haben müsste, der die Kontrolle in der G. m. b. H. ausübe. Einen Vorschlag, wer dieser Herr sein könnte, habe er nicht gemacht.

Am anderen Tage sei mit Hilfe des Beugen der schriftliche Antrag an den Senat gerichtet worden und mit einer Abschrift desselben seien Beuge und Gerkenfang zu Dr. Falbitz gegangen, da Jansson erklärt habe, er sei in dieser Frage nicht zuständig. Am zwei Tagen hätten sie Dr. F. in seinem Dienstkammer nicht angetroffen. Als sie am zweiten Tage auf Dr. Falbitz im Dienstkammer des Dr. F. warteten, sei Senator J. gekommen und habe ihnen die Privatadresse des Dr. Falbitz mitgeteilt. Als Beuge später darauf hingewiesen wird, dass diese Adresse mit den Adressen der übrigen Beugen nicht übereinstimme, erklärt Beuge, das er sich nicht irren könnte. (Die Unterredungen mit Senator Jansson vollzogen sich in dessen Dienstkammer im Senatgebäude ab.) Dr. Falbitz sei sehr ungeneigt gewesen und habe seine an Herrn Kowalewski bei der polnischen Außenhandelsstelle verwiesen. Dieser Herr hätte ihnen gesagt, dass Danzig als Kontingente bereits überschritten habe. Mehrere Wochen lang sei dann die Wirtschaftsbureau zwischen Danzig und Polen geflossen und Einfuhrerlaubnis nicht mehr erteilt gewesen. Aus dem Einzelnen sei jedoch nichts geworden. Beuge will nicht gehört haben, dass Gerkenfang zu Dr. Falbitz gesagt habe, er (Gerkenfang) hätte eine Anzahl Bescheinigungen vom Senat in der Hand.

Beuge Gerkenfang erklärt, die Unterredungen mit Jansson vollzogen sich in dessen Dienstkammer ab. Von dem Jansson ihnen an Dr. Falbitz mitgegebenen Empfehlungsschreiben wisse er nichts. Auch habe er nicht in beschränkter mit dem Senat eine G. m. b. H. zu gründen, sondern nur dem Senat das Recht angeteilt wollen, in die Danziger Filiale der Firma Gerkenfang eine Person zur Kontrolle der Preise zu entsenden. Er habe keine Bescheinigungen des Senats bei sich gehabt, auch habe er nicht zu Dr. Falbitz geschickt, dass er solche in der Tasche habe. Am nächsten Tag habe er die Auslagen des Herrn Groß von Falbitz mitgebracht, dass die Danziger Filiale der Firma Gebr. Gerkenfang im Januar 1922 errichtet sein soll, die handelsgerichtliche Eintragung der Firma erfolgte aber erst im Dezember 1922. Die Eintragung hätte nicht eher erfolgen können, da die notwendigen Papiere so schwer zu beschaffen waren.

Der Ausschuss vertagte sich auf unbestimmte Zeit.

Die Folgen eines Raufes.

Eine von besonderer Rohheit zeugende Straftat benag in den letzten Abendstunden des 18. Februar der Arbeiter Willi Partisch aus Langfur vor der Tür des von ihm bewohnten Hauses. Partisch hatte sich deshalb bei dem Schöffengericht zu verantworten und wurde wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu drei Jahren und zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Vorlage lagen folgende Vorgänge zu Grunde. Am Abend des 18. Februar 1922 hatte der Beschuldigte Partisch in einem Straßenhause, das er in ungenügender Zustände mit einem kleinen Kinde auf dem Arm nach Hause schleppte, das Kind mehrere Male auf den Kopf geschlagen. Auf noch lebendigen Schlägen nahmen sich zwei Straßenbahn-Schaffner an und brachten Partisch bis vor die Tür seines Hauses. Dort wartete schon seit längerer Zeit eine Frau mit einem anderen Kinde auf die Rückkehr ihres Mannes, da sie ohne den Schläger, den B. bei sich trug, nicht in ihre Wohnung zurückkehren konnte. Partisch war darüber erzütelt und beschimpfte die Frau laut, dass zwei zufällig vorüberkommende Schaffner ihn zur Hilfe vertrieben. Der eine der Schaffner wurde von Partisch mit dem Schläger in die Hofenfläche geschlagen, Partisch jedoch den Schläger zu fassen hatte. Er ließ geschickter Weise reagieren und verriet damit unversehens dem Schaffner einen tiefen Stich in die Brust und einen zweiten Stich in den Oberarm. Als ihn der andere Schaffner darauf festnehmen wollte, schlug er ihm mehrere Male mit der Faust in das Gesicht und ließ seiner Wut freien Lauf. Die beiden Schaffner wurden durch die Vertreter der Anwaltschaft beauftragt, unter Berücksichtigung der durch B. an den Tag gelegten großen Rohheit und Hinterlist, eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren und sechs Monaten. Der Verurteilte wurde sofort in Haft genommen.

Vermögens im Gerichtssaal. Gestern sollten sich die Krbeiter George L., Kurt G., und Robert J. einer Straftat wegen vor dem gemeinsamen Schöffengericht verantworten. Als die für den Termin festgesetzte Zeit da war, fehlten die Angeklagten. Sie erschienen dann einige Zeit später in angeheitertem Zustande vor dem Richter. Als sodann den Vorstrafen des Gesetzes entsprechend, die Vorstrafen der Angeklagten festgestellt werden sollten, erhoben sie dagegen unter Säumen und Schimpfen Protest, worin sie durch ihre im Zuschauerraum befindlichen Verwandten unterstützt wurden. Da unter diesen Umständen eine weitere Verhandlung unmöglich wurde, so verhängte der Gerichtshof über die renitenten Angeklagten eine sofort zu verbührende Verbüßungsstrafe. Dieser Umstand schlen bei den Angeklagten einige Ernüchterung hervorgerufen, denn jetzt lieben sie sich ohne erheblichen Widerstand in die Arrestzelle abzuführen.

Verantwortlich: für Politik Ernst Soops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Erik Weber, für Inserate Anton Kowlen, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von S. Geß & Co., Danzig.

Ämliche Bekanntmachungen.

Auf Grund des Senatsbeschlusses vom 23. 3. 1923 ist die Verwaltung der Umw., Branderwerb- und Wertzuwachssteuer von den Städten Liegenhof und Neuteich und dem Kreise Großer Werder einer in Liegenhof einzurichtenden staatlichen Hilfsstelle des Steueramts III übertragen.

Die Steuerstelle beginnt ihre Tätigkeit am 16. April d. Js. Sie befindet sich in dem Gebäude Schloßgrund 7, gegenüber der evangelischen Kirche. Leiter ist Obersteuereinschreiber Buder.

Sämtliche Schreiben in den bisher zur Zuständigkeit der obengenannten Behörden gehörigen Steuerangelegenheiten sind daher an die Hilfsstelle des Steueramtes III in Liegenhof zu richten.

Danzig, den 10. April 1923. (9340) Landessteueramt.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper
Sente, Donnerstag, den 12. April, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 1. Zum 5. Male.

Sill Lausbühne

Auffspiel in 3 Aufzügen von Walter v. Molo. In Szene gesetzt von Heinz Brede. Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende gegen 9¹/₂ Uhr.
Freitag, den 13. April, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 1. „Der Kranbadour.“

Sonnabend, den 14. April, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 1. Der Ring des Nibelungen. Ein Bühnenspektakel von Richard Wagner. 2. Tag: „Siegfried.“

Wilhelm-Theater

Allabendlich 7¹/₂ Uhr
Der große neue Operettenschlager
„Das Burgunderliedchen“

u. das brillante Sensationsprogramm
Grigori Matuszewicz

der berühmte russische Virtuose auf der englischen Konzertina und Harmonika

TACU ?? Das Rätsel
Die Attraktion des großen Varietés

Bachmann — Lohmann
das s immerwähliche Opernduo

Gebr. Terra
phänomenale Equilibristen und Turmbesteiger

Billet-Vorverkauf bei Gebr. Freymann,
11—1 Uhr a. der Theaterkasse

Neu! LIBELLE Neu!
Täglich die neu engagierten Kunstkräfte
Die Original amerikan. Jazzbandkapelle
mit der berühmten Stimmglockenorgel
Kapellmeister Gotti Müller

Danziger Werft-Säle

17. bis 21. April
abends 8 Uhr

das große dramatische, dreiaktige
Theaterstück

Die Schiffbrüchigen!

Personen:

- | | |
|--------------------|--------------------|
| Der Arzt | Madame Dupont, |
| Georges Dupont | d. Mutter Duponts |
| Herr Loches, | Die Amme |
| d. Schwiegervater | Ein Assistent |
| Duponts | Ein Vater |
| Henriette Dupont, | Eine Prostituierte |
| die Gattin Duponts | Eine Arbeiterin |
| | Ein Diener |

Besucht diese hochbelehrenden
Aufführungen

alle!

Danzig, den 12. April 1923.

M. Bronitzki Ediger, Wessel
Stadtverordneter Gewerkschaftsbund der Angestellten

Frobbs Gall Mayer-Palk
Polizeipräsident Senator Ortsausschuss für Jugendpflege

Klobowski Ernst Kuhn
Allgemeiner Gewerkschaftsbund Gewerkschaftsring

Hermann Lau Lindeman Mau
Bauhandlung Oberpostdirektor Abgordneter

Prochaow Dr. Rosenbaum Süßenguth
I. O. G. I. Medizinalrat Danziger Werft

Scheffler Schneider
Dtsch. Gewerkschaftsbund Dtsch. Handlungsges.-Verb.

M. Stiller Dr. Ziehm
Werkmeister Vizepräsident des Senats

Verein. Sozialdemokrat. Partei Danzig
Redakt. d. Danziger Neuesten Nachrichten

Danziger Volksstimme
Danziger Zeitung

Nur für unsere Angestellten und Mitglieder
sind Karten zu bedeutend ermäßigten
Preisen erhältlich — Sitzplatz nummeriert
2000 Mk., Stehplatz 1000 Mk.:
Deutscher Gewerkschaftsbund, Topfergasse
Gewerkschaftsring, Handweggasse
Allgemeiner Gewerkschaftsbund, Heveliusplatz
M. Hildebrandt, Werft-Speisehaus
Internationaler Guttempler-Orden.

Karten à 4000 Mark bei Hermann Lau,
Kunsthändler, Langgasse.

Zeitungssträgerinnen
können sich melden
Exp. Danziger Volksstimme

Gedania-Theater

Sohlbasoldamm 53155 9312

Achtung! Heute! Nur bis einschl. Montag!

Der größte amerikanische
Zirkus-Sensations-Film der Gegenwart:

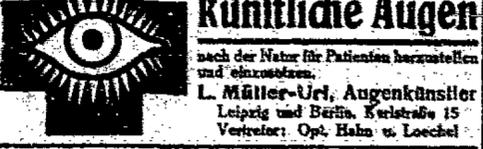
„ZIRKUS GRAY“

VI. letzte u. beste Episode: Die Insel des Schreckens
6 große Akte. In der Hauptrolle: Eddie Polo.

„Die Todeskarte“

6 äußerst spannende Akte nach einer Erzählung
des berühmten amerikanischen Kriminalisten
Gouverneur Morris.

Ein Programm, das jeder sehen muß!
Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.



künstliche Augen

nach der Natur für Patienten herzustellen

L. Müller-Uel, Augenkünstler
Leipzig und Berlin, Karlstraße 15
Vertreter: Opt. Hahn u. Loechel

Vom 12. bis 14. 4. bin ich in Danzig,
Hotel Norddeutscher Hof, am Bahnhof, um

Kein Laden daher billigster Einkauf!

Herrn-Anzüge 78 u. a.
180000, 150000, 120000

Herrn-Raglan besonders
Gumm-Mäntel billig!

Herrn-Hosen 14 u. a.
50000, 32000, 25000

Alle Waren gebe
auf Teilzahlung
und gewähre noch außerdem
10% Rabatt.

Berliner Konfektions-Vertrieb

Altstädtischer Graben 109, 1 Trp.
am Holzmarkt.

Aeltestes Elagengeschäft mit Rabattsystem
für bessere Herrenbekleidung. (9339)

Alles Gute wird gelobt!
Prima Holländisches Pflanzenfett
aus Karlog's Speisezettelfabriken, Oos (Holland) 9335
Unübertroffen! Günstigster Einkaufskauf!

Milchkannengasse 32, Eing. Hopfengasse.

Achtung!

Trotz der neuen Steuer geben ab:

J. R. Gold	100 Stück Mk.	7500
Baccarat Gold	100	6000
Salem Gold	100	5500
Stambul Gold	100	4500
S. C. Gold	100	3800
Gold Sabu	100	3500
Lupa Gold	100	3500
Xanty Jaka Nr. 8. Gold	100	3000
Manoil Argument	100	3500
Delos, ohne Mundstück	100	2800
Napton, ohne Mundstück	100	2200
Boston, mit Mundstück	100	2000
Omar, mit Mundstück	100	1000

Pr. Zigarren und Tabak sehr billig 9338
Gebr. Schewe, Langgarten 73

Schneidertisch

(81.150x85) f. 40000 Mk.,
Sofatisch, 4 Stühle
für 65000 Mk.

Sofa für 40000 Mk.,
kleiner Waschtisch
mit Marmorplatte,
2 Nachtschränke.

verkauft E. Grefens,
Lagnergasse 15
Ecke Johannisg. 9338

Gut erhaltener, schwarzer Schrock-Anzug

zu verkaufen. Weibhol,
Langgarten 82. (f)

Ein schwarzer
Damen-Spizengut
bitt. zu verkauf. Wirkhauser
Berg 2, pt. links. (f)

Sportanzug

gr. Figur, graues Koppin,
Gr. 42, zu verkaufen.
Am Brauseb. Wasser 2, 2

Sport-Siegewagen

zu kaufen gesucht. Offert.
unter 124 an die Exped.
der Volksstimme. (f)

Nähmaschine

gebr. od. off. z. kaufen ges.
Ang. unt. B 1349 a. d. Exp.

Wohnungstausch

von Oders nach Danzig
2 gr. Zimmer, gr. Küche
u. Bad, geg. 2-3 Zimm.
Wohn. erb. unt. 1246 an die
Exped. d. Volksstimme. (f)

Wer tauft?

eine Wohnung, bestehend aus
Stube, Kabinett, Bad,
Keller, Boden in Schlafz.
gegen gleiche in der
Wohn. erb. unt. 1247 an die
Exped. d. Volksstimme. (f)

Jung. Mann

1. Frau übergr. fröhlich
kl. möbl. Wohnz.
Exp. d. Volksstimme. (f)

Welche

Welche...
Off. unt. V. 1347 a. d. Exp.

